

**PARLAMENARISCHE INITIATIVE** von Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Beat Monhart (EVP, Gossau) und Michael Zeugin (GLP, Winterthur)

betreffend Standesinitiative zum Verbot der Anwendung des Wirkstoffes Glyphosat

Der Kanton Zürich reicht bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative mit folgendem Wortlaut ein:

Der Bund wird eingeladen, das Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) im 2. Titel 2. Kapitel: Umweltgefährdende Stoffe so zu ergänzen, dass die Anwendung des Wirkstoffes Glyphosat in der Schweiz verboten wird.

Edith Häusler  
Beat Monhart  
Michael Zeugin

340/2017

Begründung:

Weltweit werden jährlich 825'000 Tonnen Herbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat versprüht. Die Schweiz verbraucht jährlich 2'200 Tonnen Pestizide, vorwiegend Glyphosat, und liegt damit im europaweiten Vergleich weit vorne auf der Verbraucherliste. Der Wirkstoff Glyphosat kommt vor allem im handelsüblichen Produkt Roundup vor und ist ein sogenanntes Breitband-Herbizid. Es wirkt auf sämtlichen grünen Pflanzen. Wo Glyphosat auf Pflanzen gesprüht wird, wächst schon nach kurzer Wirkungszeit rein gar nichts mehr. Sein Wirkstoff blockiert ein Enzym, das Pflanzen zur Herstellung lebenswichtiger Aminosäuren brauchen, das aber auch in Pilzen und Mikroorganismen vorkommt.

Das Herbizid wird in der Landwirtschaft und vermehrt auch im Gartenbau und von Privatpersonen eingesetzt. Das Abspritzen der Grünflächen kann mit der Zeit einen kompletten Verlust der Lebensgrundlage für Arten bedeuten, welche an Ackerlebensräume gebunden sind, wie Insekten und Feldvögel. Ganze Nahrungsnetze können so zusammenbrechen. Die Schweiz beklagt bereits heute einen enormen Verlust der Biodiversität.

Neben der Sorge um die Abnahme der Biodiversität und die Boden- und Trinkwasserbelastungen durch die Anwendung von Glyphosat geben auch die gesundheitlichen Aspekte Grund zur Diskussion. Gemäss der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC), eine Einrichtung der Weltgesundheitsorganisation, wurde in der Zeitschrift «Lancet Oncology» eine Bewertung der Gefährlichkeit von fünf Pestiziden veröffentlicht. Am beunruhigendsten ist die Einstufung von Glyphosat als «wahrscheinlich krebserzeugend». Die IARC zeigt anhand einer umfassenden Studie, dass es genügend Beweise gibt, um Glyphosat als für Tiere krebserzeugend einzustufen und um zu bestätigen, dass die Substanz die DNA von menschlichen in-vitro-kultivierten Zellen beschädigt und beim Menschen zu einem erhöhten Risiko führt, am Non-Hodgkin-Lymphom zu erkranken. Zu diesem Ergebnis kommen Studien, in denen während der letzten fünfzehn Jahre in Schweden, in den USA und in Kanada Menschen untersucht wurden, die bei ihrer Arbeit in der Landwirtschaft und im Gartenbau Glyphosat ausgesetzt sind. Die Forscher um Gilles-Eric Séralini von der Universität Caen haben einen GVO (die gentechnisch veränderte Maissorte NK 603) und ein Pestizid (Roundup) auf ihre Auswirkungen auf die Gesundheit hin untersucht. Diese Studie ist umfassender und untersucht einen längeren Zeitraum, als dies in bisherigen Studien von Gesundheitsbehörden, Regierungen, der Industrie und anderen Forscherinnen und Forschern der Fall war. Die französischen Forscher untersuchten während zwei Jahren an 200 Ratten über 100 Parameter. Die extrem niedrigen Dosen, die sie verwendeten (11 Prozent GVO in der Nahrung und 0,1 ppb Roundup im Wasser), entsprechend der Konzentration der in Oberflächengewässern und im Trinkwasser gemessenen Werte. Frankreich hat unterdessen als erstes Land Glyphosat verboten.

Auch in der Schweiz wächst der Unmut der Bevölkerung über die nachgewiesenen Pestizid-rückstände im Trinkwasser und in Lebensmitteln. In einer Untersuchung des Bundesamts für Lebensmittel-sicherheit und Veterinärwesen (BLV) 2016 wurde nachgewiesen, dass rund 40 Prozent der Lebensmittel messbare Spuren des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat enthalten. Es wäre deshalb angebracht, dass der Kanton Zürich seine Bewertung der Gefähr-lichkeit von Glyphosat überdenkt und diese Substanz verbietet.